

Universität Mannheim Fakultät für Rechtswissenschaft

Vorlesung Insolvenz und Sanierung

V. Auswirkungen der Verfahrenseröffnung

Frühjahrssemester 2020

Diese Arbeitsunterlage ist unvollständig ohne den begleitenden mündlichen Vortrag.

Vortrag und Arbeitsunterlage sind urheberrechtlich geschützt.

Rechtsanwalt Prof. Dr. Georg Streit, München

Rechtsposition des Schuldners nach Verfahrenseröffnung

I. Übergang der Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis:

- Der **Schuldner verliert** mit Insolvenzeröffnung die **Befugnis**, sein zur Insolvenzmasse gehörendes **Vermögen** zu **verwalten** und über dieses zu **verfügen**, § 80 Abs. 1 InsO.
 - Ausnahme: **Eigenverwaltung** nach § 270 Abs. 1 InsO.
- Der „**Insolvenzbeschlagn**“ (Übergang der Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis auf den Insolvenzverwalter) erfasst die „Insolvenzmasse“. Dies ist das **gesamte Vermögen des Schuldners (Universalinsolvenz)**.
 - Ausnahme: Insolvenzverfahren über **Sondermassen** (Nachlassinsolvenz, Insolvenzverfahren über Gesamtgut).
- Geringe Teile des schuldnerischen Vermögens gehören nicht zur Insolvenzmasse, der Schuldner bleibt insoweit verwaltungs- und verfügungsbefugt (§ 36 Abs. 1 S. 1 InsO: **Unpfändbare Gegenstände**, §§ 811 ff. ZPO, **Unpfändbare Forderungen**, §§ 850 ff. ZPO).
- **Möglichkeit der Freigabe** schuldnerischen Vermögens aus der Insolvenzmasse durch den Insolvenzverwalter (wichtig bei Altlasten auf Grundstücken).

II. Sonstige Auswirkungen der Insolvenzeröffnung auf den Schuldner:

- **Auskunftspflicht** über alle das Verfahren betreffenden Verhältnisse, § 97 Abs. 1 InsO (flankiert durch Pflicht, ggf. eidesstattliche Versicherung abzugeben, § 98 Abs. 1 InsO).
- **Mitwirkungspflicht**, Unterstützung des Insolvenzverwalters, § 97 Abs. 2 und 3 InsO (z.B. Herausgabe von Schlüsseln, Informationen über Aktenführung und Geschäftsvorgänge).
- Bei Verweigerungshaltung: **Vorführung und Haftanordnung**, § 98 Abs. 2, 3 InsO.
- Zu Überwachungszwecken (Aufdeckung von verheimlichtem Vermögen): **Postsperre**, § 99 InsO.
 - Sind juristische Personen Schuldner, treffen die genannten Schuldnerpflichten **Geschäftsführer** (GmbH), **Vorstände/Aufsichtsräte** (AG) bzw. bei Gesellschaften ohne Rechtspersönlichkeit die vertretungsberechtigten persönlich haftenden Gesellschafter, vgl. § 101 Abs. 1 InsO.

III. Auswirkung der Insolvenzeröffnung auf Gesellschaften

- Insolvenzeröffnung ist **Auflösungsgrund** (§§ 60 Abs. 1 Nr. 4 GmbHG, 262 Abs. 1 Nr. 3 AktG, 131 Abs. 1 Nr. 3, 161 Abs. 2 HGB, 728 Abs. 1 S. 1 BGB).
- **Auflösung** (Handelsregistereintragung, § 31 InsO).

Beschlagnahme des Schuldnervermögens (I)

Mit Ausnahme unpfändbarer und freigegebener Vermögensgegenstände umfasst der Insolvenzbeschlagnahme das gesamte Schuldnervermögen:

- **Dingliche Rechte.**
- **Immaterialgüterrechte** (bei Urheberrechten Besonderheiten, §§ 31, 113 ff. UrhG).
- **Forderungen** (Ausnahmen im Umfang der Unpfändbarkeit).
- Das **Unternehmen als Ganzes** (Geschäftswert und Kundenstamm als denkbare eigene vermögenswerte Positionen, vgl. §§ 160 Abs. 2, 162 InsO).
- Die Firma / der „Handelsname“, auch bei Personenfirma, auch dann, wenn die Firma den Namen des Schuldners enthält, weil der Name nicht zwangsläufig Firmenbestandteil sein muss, str.
- **Gesellschaftsrechte** (Aktien, GmbH-Geschäftsanteile, Anteile an Personengesellschaften):
 - Nicht: Die Gesellschaftsrechte an der insolventen Gesellschaft selbst. Anteile an der insolventen Gesellschaft gehören nicht in die Masse. Aber Regelung im Insolvenzplan möglich (§ 225a Abs. 3 InsO).
 - Anders Anteile von Gesellschaften, an denen die insolvente Gesellschaft beteiligt ist: Diese fallen als Teil des schuldnerischen Vermögens in die Masse.

Beschlagnahme des Schuldnervermögens (II)

Auch nach Insolvenzeröffnung erworbenes „**Neuvermögen**“ fällt in die Insolvenzmasse, vgl. **§ 35 InsO**.

- Hinsichtlich der Insolvenzmasse gilt das **Prinzip der dinglichen Surrogation**: Vermögenswerte, die an die Stelle aus der Insolvenzmasse ausscheidender Vermögenswerte treten, fallen in die Insolvenzmasse.
- Dies ergibt sich mittelbar aus **§ 35 InsO** (das Surrogationsprinzip ist z.B. geregelt in § 2041 BGB für den Nachlass).

Wirkungen des Insolvenzbeschlags (I)

- Gemäß **§ 80 Abs. 1 InsO** geht die **Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis** hinsichtlich der Insolvenzmasse auf den Insolvenzverwalter über.
 - Schuldner bleibt **Eigentümer/Forderungsinhaber** (ohne Verfügungsbefugnis) etc., er bleibt auch **Eigenbesitzer**, der **Insolvenzverwalter ist Fremdbesitzer**, **§ 148 Abs. 1 InsO**.
- Es handelt sich bei § 81 InsO um ein **absolutes Verfügungsverbot gegenüber dem Schuldner**. Verfügungen des Schuldners nach Insolvenzeröffnung über Massegegenstände sind absolut unwirksam.

Beispiel: Schuldner tritt nach Insolvenzeröffnung eine ihm im Eröffnungszeitpunkt zustehende Forderung gegen Drittschuldner D an Zessionar Z ab. Z fordert Zahlung von D. Obwohl D und Z nicht am Insolvenzverfahren beteiligt sind, kann sich D gegenüber Z wegen der **absoluten Wirkung des Verfügungsverbots** auf die Unwirksamkeit der Abtretung berufen. Zahlung von D kann nur der Insolvenzverwalter fordern, nur der Insolvenzverwalter kann die Forderung erlassen oder abtreten.

Wirkungen des Insolvenzbeschlags (II)

- **§ 82 InsO** regelt, dass **Zahlungen auf Forderungen des Schuldners** an diesen **nach** Eröffnung des Insolvenzverfahrens **nur** dann befreiend wirken, wenn der Leistende bei Vornahme der Leistung die Verfahrenseröffnung nicht kannte. Soweit die Leistung vor der öffentlichen Bekanntmachung der Eröffnung erfolgt, trägt der Insolvenzverwalter die Beweislast für Bösgläubigkeit, danach muss der Leistende Gutgläubigkeit darlegen und ggf. beweisen (vgl. § 82 S. 2 InsO).
 - Dem **Schuldner** fehlt die **Empfangszuständigkeit**, Forderungseinzug ist auch eine Art von Verfügung über Massegegenstände und vom Verfügungsverbot erfasst.

Verfügungen nach Eröffnung/Verkehrsschutz (I)

- **Verfügungen** des Schuldners **nach Insolvenzeröffnung** sind **unwirksam**, § 81 Abs. 1 S. 1 InsO. Unwirksam sind also:
 - Belastungen, Übertragungen, Aufhebungen und inhaltliche Änderungen des Schuldners über Schuldnerrechte (Vermögen).
 - **Folge**: Verfügt der Schuldner über einen zur Insolvenzmasse gehörigen Gegenstand nach Verfahrenseröffnung, so kann der Insolvenzverwalter eine weggegebene bewegliche **Sache** gem. **§ 985 BGB** herausverlangen bzw. eine vom Schuldner (unwirksam) abgetretene **Forderung** weiterhin gegen den Drittschuldner geltend machen.
 - **Schutz des Vertragspartners** des nichtberechtigten Schuldners: § 81 Abs. 1 S. 3 InsO, **Herausgabeanspruch, soweit die Masse bereichert** ist.
 - **Verfügungen am Tag der Insolvenzeröffnung**: Beachte § 81 Abs. 3 InsO (Vermutung der Unwirksamkeit).

Verfügungen nach Eröffnung/Verkehrsschutz (II)

- **Kein Gutgläubensschutz bei beweglichen Sachen** (Verweis in § 81 Abs. 1 S. 2 InsO nur auf § 892 f. BGB, nicht auf § 932 BGB). Anwendbarkeit von **§ 932 BGB jedoch evtl. bei Weiterveräußerung** (evtl. kein Abhandenkommen).
- **Kein gutgläubiger Erwerb von** zur Insolvenzmasse gehörenden **Forderungen** (schon nach allgemeinen Grundsätzen des BGB).
- Der **gute Glaube** an die **Richtigkeit des Grundbuchs** wird **geschützt**, vgl. § 81 Abs. 1 S. 2 InsO, §§ 892, 893 BGB.
- Ausschluss des Gutgläubensschutzes: **Insolvenzvermerk** im Grundbuch, vgl. dazu § 32 InsO (vorl. Verwaltung: § 23 Abs. 3 InsO).

Fallbeispiele zum Verkehrsschutz:

1. Insolvenzverfahrenseröffnung über das Vermögen des S am 01.06., anschließend verkauft und übergibt S noch sein Geschäftsfahrzeug mit KFZ-Brief an den gutgläubigen D am Folgetag gegen Barzahlung von EUR 5.000,00 (Wert des Fahrzeuges EUR 7.000,00). Dieser veräußert das bereits auf ihn umgeschriebene Fahrzeug im Rahmen seines Gebrauchtwagenhandels noch am gleichen Tag an E. Der Insolvenzverwalter nimmt die Masse am 03.06. in Besitz.
2. Schuldner S tritt kurz nach Insolvenzeröffnung eine Briefhypothek formgültig an D ab, der von der Insolvenzeröffnung noch nichts weiß.

Lösungen zu den Beispielfällen:

1. S verfügte an D zwar als **Eigentümer**, jedoch **ohne Verfügungsberechtigung**, da gem. § 80 Abs. 1 InsO die Verfügungsbefugnis auf den Insolvenzverwalter übergegangen war. Die Verfügung des S an D ist gem. § 81 Abs. 1 S. 1 InsO absolut unwirksam. Ein **Gutgläubenschutz** des D kommt **nicht** in Betracht (**bewegliche Sache**, § 81 Abs. 1 S. 2 InsO). Somit blieben Eigentum und Verfügungsberechtigung bei S bzw. dem Insolvenzverwalter. Die Verfügung von **D an E** könnte dagegen gem. §§ 929, 932 BGB wirksam sein, da §§ 80, 81 Abs. 1 S. 1 InsO insoweit nicht eingreifen (**keine Verfügung des Schuldners**). Da die Verfügung S-D noch **vor Besitzergreifung** des Insolvenzverwalters (vgl. § 148 Abs. 1 InsO) erfolgte, liegt **kein Abhandenkommen** gem. § 935 BGB vor. Dann wirksamer Eigentumserwerb des E und kein Herausgabeanspruch des Insolvenzverwalters gem. § 985 BGB.
2. Der Erwerb des D hängt davon ab, ob im Zeitpunkt des Rechtserwerbs ein **Insolvenzvermerk** im Grundbuch bereits **eingetragen** war (vgl. §§ 32, 23 Abs. 3 InsO). Soweit dies nicht der Fall ist, erwirbt er die Briefhypothek gutgläubig gem. § 81 Abs. 1 S. 2 InsO i.V.m. § 892 BGB.

Ausschluss sonstigen Rechtserwerbs gem. § 91 InsO

- **§§ 80, 81 InsO (Unwirksamkeit von Verfügungen des Schuldners)** werden durch **§ 91 InsO** ergänzt, der einen Rechtserwerb an Gegenständen der Insolvenzmasse nach Verfahrenseröffnung auch für die durch § 81 InsO nicht erfassten **Fälle** ausschließt, in denen **keine Verfügung des Schuldners** (nach Verfahrenseröffnung) und keine Zwangsvollstreckung für Insolvenzgläubiger (§ 89 InsO) vorliegt.
- **Beispiele für § 91 InsO:**
 - **Mehraktige Erwerbstatbestände** mit Verfügung des Schuldners vor Verfahrenseröffnung kommen nach Verfahrenseröffnung zum Abschluss.
 - **Rechtserwerb kraft Gesetzes; Rechtserwerb von Neugläubigern durch Vollstreckung** in die Insolvenzmasse.
 - Wichtige Ausnahmen vom Ausschluss sonstigen Rechtserwerbs regelt § 91 Abs. 2 InsO: **§§ 878, 892, 893 BGB bleiben unberührt.**
- **Beispiel:** Schuldner S lässt vor Insolvenzeröffnung ein Betriebsgrundstück an D auf (§ 925 BGB) und bewilligt die Umschreibung des Eigentums im Grundbuch (§ 19 GBO). D stellt den Eintragungsantrag (§ 13 GBO) noch vor der am 08.06. erfolgenden Insolvenzeröffnung. Am 10.06. erfährt D anschließend von der Insolvenzeröffnung, die Umschreibung des Grundstücks im Grundbuch erfolgt am 20.06. **Rechtslage?**

Lösung des Beispielfalles:

1. Eigentumserwerb des D?

§§ 873, 925 BGB (Auflassung und Eintragung) → (+)

2. Unwirksamkeit gem. § 81 InsO?

Nein, S verfügte (Auflassung, Bewilligung) *vor* Eröffnung des Insolvenzverfahrens.

3. Unwirksamkeit gem. § 91 InsO?

Rechtserwerb *nach* Eröffnung des Insolvenzverfahrens liegt vor (Eigentumsumschreibung und damit Rechtserwerb erst *nach* Insolvenzeröffnung).

4. Gutgläubensschutz gem. § 91 Abs. 2 InsO?

Ja: Gem. **§ 892 Abs. 2 BGB** kommt es für die **Gutgläubigkeit auf den Zeitpunkt des Eintragungsantrages** an. Bösgläubigkeit des D im Zeitpunkt der Eintragung selbst schadet nicht, zudem Schutz über § 878 BGB, da Eintragungsantrag vor Wegfall der Verfügungsbefugnis gestellt war (Schutzzweck: Verzögerungen, etwa durch Überlastung des Grundbuchamtes, sollen nicht zu Lasten des Erwerbers gehen).

5. Ergebnis: Wirksamer Erwerb des D, Gegenleistung (Geld/Forderung) = Masse.

Vollstreckungsverbot (I)

Insolvenzgläubiger (§ 38 InsO) können **während des Insolvenzverfahrens keine Einzelzwangsvollstreckung** betreiben, § 89 Abs. 1 InsO.

- **§ 89 Abs. 1 InsO** erfasst alle Maßnahmen nach § 803 ff. ZPO sowie Arrest und Einstweilige Verfügung, §§ 916 ff., 935 ff. ZPO.
 - Aber: Die **Wirkungen der Verstrickung** dauern im Insolvenzverfahren fort, bis sie auf einem dafür vorgesehenen Weg beseitigt worden sind (BGH, Urt. v. 21.09.2017 – IX ZR 40/17, ZIP 2017, 2016).
- Auch **Neugläubiger** (anders Massegläubiger!) können nicht (wirksam) in die Insolvenzmasse vollstrecken, vgl. **§ 91 Abs. 1 InsO**.
- Für **künftige Lohnforderungen** vgl. § 89 Abs. 2 S. 1 InsO (Sperrung für Insolvenzgläubiger und Neugläubiger, da **künftiges Arbeitseinkommen** für die Restschuldbefreiung im Rahmen der „**Wohilverhaltensperiode**“ zur Verfügung stehen soll), siehe auch § 81 Abs. 2 InsO.

Vollstreckungsverbot (II)

- **Zwangsvollstreckungen in Auslandsvermögen** sind nach Sinn und Zweck des § 89 Abs. 1 InsO nach Insolvenzeröffnung unzulässig (BGH, Urt. v. 13.07.1983 – VIII ZR 246/82, BGHZ 88, 147, NJW 1983, 2147; a.A.: OLG Hamm, Urt. v. 14.07.1982 – 5 U 192/81, ZIP 1982, 1343, beide Entscheidungen noch zur KO).
- **Faktische Vollstreckungsmöglichkeit im Ausland** eventuell gegeben (IPR-Frage), solchermaßen erlangtes Vermögen ist jedenfalls gem. § 812 BGB (Eingriffskondiktion) an den inländischen Insolvenzverwalter herauszugeben (§ 826 BGB bei ungekürzter Tabellenanmeldung?).
- Beachte hierzu insbes. **Art. 7 Abs. 2 S. 2 lit. f) EuInsVO** und **Art. 19 EuInsVO**: Anerkennung der Wirkungen des eröffneten Insolvenzverfahrens im EU-Ausland und Erstreckung der Wirkung der lex fori concursus auf das ausländische Vollstreckungsverfahren (näher dazu Teil XII).

Vollstreckungsverbot (III)

Vollstreckungsanträge sind **abzulehnen**, soweit die Vollstreckungsverbote aus §§ 89, 91 InsO reichen. Dennoch eingeleitete Vollstreckungsmaßnahmen kann der Insolvenzverwalter mit der **Erinnerung (§ 766 ZPO)** vor dem Insolvenzgericht (**vgl. § 89 Abs. 3 InsO**) anfechten.

Für **Aussonderungsberechtigte** gilt § 89 InsO in Bezug auf die Aussonderung nicht, Ansprüche aus **§§ 985, 546 BGB** können gegen die Masse geltend gemacht und erforderlichenfalls im Vollstreckungswege durchgesetzt werden.

Unzulässige Zwangsvollstreckungsmaßnahmen begründen **kein Pfändungspfandrecht**, können **aber zur Verstrickung** und zum **wirksamen Erwerb des Ersteigerers** führen (gemischt privatrechtlich öffentlich-rechtliche Pfändungspfandrechtstheorie). Daher sollte der Insolvenzverwalter Zwangsvollstreckungsmaßnahmen anfechten.

Soweit ein **Pfändungspfandrecht vor Insolvenzverfahrenseröffnung** entstanden ist, **bleibt es wirksam** und berechtigt den entsprechenden Gläubiger zur abgesonderten Befriedigung gem. § 50 Abs. 1 InsO (Ausn.: § 88 InsO bzw. §§ 129 ff. InsO greifen ein).

Rückschlagsperre, § 88 InsO

- **§ 88 InsO sperrt Zwangsvollstreckungen mit Rückwirkung** („§ 88 InsO schlägt zurück“).
- Zeitliche Reichweite: **Ein Monat vor Eröffnungsantrag** (oder später).
- Sachliche Reichweite: **Alle Sicherungen aufgrund von Vollstreckungen in Massegegenstände** (z.B. Pfändungspfandrechte, Zwangshypotheken, Beschlagnahmen nach § 20 ff. ZVG).
- Auswirkung: **Automatische Unwirksamkeit** kraft Gesetzes.
 - Aber: Die **Wirkungen der Verstrickung** dauern im Insolvenzverfahren fort, bis sie auf einem dafür vorgesehenen Weg beseitigt worden sind (BGH, Urt. v. 21.09.2017 – IX ZR 40/17, ZIP 2017, 2016).

Die Rückschlagsperre ist im Ergebnis eine **gesetzliche Insolvenzanfechtung**. **Ziel:** Materielle Gerechtigkeit, zeitliche Vorverlagerung der „par conditio creditorum“, besondere Bedeutung in Verfahren ohne Insolvenzverwalter (**Eigenverwaltung; Verbraucherinsolvenz**, dort auf Antrag des Schuldners gem. § 88 Abs. 2 InsO zeitliche Reichweite von sogar 3 Monaten).

Unterbrechung laufender Rechtsstreitigkeiten

Gemäß § 240 ZPO werden anhängige Prozesse unterbrochen, soweit sie die Insolvenzmasse betreffen. Prozessführungsbefugt ist mit Verfahrenseröffnung gem. § 80 Abs. 1 InsO nicht mehr der Schuldner sondern der Insolvenzverwalter. Die Unterbrechung endet mit Wiederaufnahme des Prozesses (bzw. Beendigung des Insolvenzverfahrens). Im Einzelnen:

- Bei **vorläufiger Insolvenzverwaltung** erfolgt eine **Prozessunterbrechung** nur, wenn ein **starker Insolvenzverwalter** bestellt wird (§ 240 S. 2 ZPO).
- Im **selbständigen Beweisverfahren** erfolgt keine Unterbrechung (str.), Grund: Zweck der schnellen Beweissicherung, BGH, Beschl. v. 11.12.2003 – VII ZB 14/03, ZIP 2004, 186 f.
- **Prozesse ohne Beziehung zur Insolvenzmasse** laufen auch nach Verfahrenseröffnung weiter (Bsp.: Scheidungsverfahren des Schuldners, Strafverfahren gegen den Schuldner).

Wiederaufnahme unterbrochener Prozesse (I)

Aktivprozesse (Schuldner ist Kläger):

- **Aufnahmemöglichkeit des Insolvenzverwalters**, § 85 Abs. 1 S. 1 InsO, § 250 ZPO (Erträge fließen der Masse zu, Kostenerstattungsanspruch des Gegners bei Unterliegen des Insolvenzverwalters ist Masseschuld gem. § 55 Abs. 1 Nr. 1 InsO) → **Rechtskraftwirkung** auch über das Insolvenzverfahren hinaus.
- **Lehnt der Insolvenzverwalter die Aufnahme des unterbrochenen Aktivprozesses ab** (z.B. wegen geringer Erfolgsaussichten), wirkt dies als **Freigabe**. Schuldner und Gegner können dann das Verfahren aufnehmen, § 85 Abs. 2 InsO.

Wiederaufnahme unterbrochener Prozesse (II)

Passivprozesse (Schuldner ist Beklagter):

- **Aufnahmemöglichkeit ausnahmsweise** (Grundsatz: Unterbrechung dauert an, da Feststellung/ Durchsetzung von Insolvenzforderungen der Gläubiger im Insolvenzverfahren, vgl. sogleich) **für beide Seiten** gem. § 86 Abs. 1 InsO bei **Aussonderungsberechtigten, Absonderungsberechtigten** *wegen der abgesonderten Befriedigung* (soweit diese nicht Insolvenzgläubiger sind) und **Massegläubigern**.
- Möglichkeit **sofortigen Anerkennnisses** durch Insolvenzverwalter gem. § 86 Abs. 2 InsO mit ähnlichen Folgen wie § 93 ZPO (Kostenerstattungsanspruch = Insolvenzforderung).
- **Erkennt der Verwalter nicht an**, ist der **Kostenerstattungsanspruch** des Gegners nach dessen Obsiegen **Masseschuld, § 55 Abs. 1 Nr. 1 InsO**.

Wiederaufnahme unterbrochener Prozesse (III)

Passivprozesse (Forts.):

- **Prozesse von Insolvenzgläubigern** bleiben gem. § 87 InsO **unterbrochen**.
- Zu den **Insolvenzgläubigern** zählen **auch solche Gläubiger, die eine Insolvenzforderung haben, die durch Sicherungsgut abgesichert** ist, dessen Gewährung zur abgesonderten Befriedigung berechtigt. Der oben genannte Ausnahmefall (§ 86 Abs. 1 Nr. 2 InsO) betrifft nur zur abgesonderten Befriedigung Berechtigte, die *nicht* Insolvenzgläubiger sind (Sicherungsgut aus der Masse zur Absicherung der Schuld eines Dritten, der nicht der Insolvenzschuldner ist).
- Die **Insolvenzgläubiger**, deren Prozesse unterbrochen bleiben, müssen ihre eingeklagten Forderungen/Ansprüche im Rahmen des Insolvenzverfahrens durch **Anmeldung zur Insolvenztabelle** geltend machen, §§ 87, 174 ff. InsO.
- Zur **Aufnahme** des Prozesses kann es nur dann kommen, **wenn die Forderung im Prüfungstermin bestritten wird** (vgl. §§ 180 Abs. 2, 184 S. 2 InsO).